

Bern

Ist das Plus eigentlich ein Minus?

Die Rechnung des Kantons Bern weist nach Ansicht der Finanzkontrolle «wesentliche Mängel» auf. Das könnte dazu führen, dass sich der Überschuss von 49 Millionen Franken in ein Defizit verwandelt.

Simon Wälti

Für Regierungsrätin Beatrice Simon (BDP) weist der Abschluss des Kantons Bern Licht wie auch Schatten auf. Zum Licht gehören das Plus unter dem Strich sowie die Tatsache, dass die Investitionen aus eigenen Mitteln getätigt wurden. Zum Schatten zählt Simon die Differenzen mit der Finanzkontrolle im Zuge der Einführung von HRM2, dem neuen Rechnungslegungsmodell: Es handle sich aber nicht um Sachverhalte, aufgrund deren dem Kanton ein finanzieller Scha-



Beatrice Simon
Finanzdirektorin
des Kantons Bern

den erwachsen wäre, betonte die Finanzdirektorin. Auch habe der Regierungsrat keine Kompetenzen überschritten.

Allerdings: Die Finanzkontrolle hat in der Jahresrechnung 2017 «wesentliche Mängel» entdeckt. Würden die Forderungen der Finanzkontrolle eins zu eins umgesetzt, so sähe die Rechnung wegen negativer Sondereffekte um 50 bis 80 Millionen Franken schlechter aus. Das Plus von 49 Millionen Franken könnte sich also im schlimmsten Fall in ein Defizit von 30 Millionen Franken verkehren.

Simon wies die Vermutung, die Rechnung sei «schöngefärbt», zurück. Man habe sich an die Grundsätze anderer Kantone, zum Beispiel des Kantons Zürich, sowie an die Empfehlungen der eigenen Experten gehalten. Verschiedene Beanstandungen der Finanzkontrolle stiessen demnach «nicht uneinge-

schränkt auf Akzeptanz». Die grosse Mehrzahl der Kantone in der Schweiz hatte das Modell HRM2 bereits vor dem Kanton Bern eingeführt.

Parteien halten sich noch zurück

Kritikpunkte der Finanzkontrolle betreffen etwa die Bewertung von Strassen oder Beteiligungen, die Konsolidierung der Arbeitslosenkasse sowie die Spezialfinanzierungen. Dabei geht es um den Nationalbankfonds, den Investitionsspitzenfonds und den Spitalinvestitionsfonds. In diesen drei Fonds befinden sich erkleckliche Mittel, zusammengefasst sind es 725 Millionen Franken.

Für die Parteien ist es zu früh für eine Bewertung der Differenzen, man werde sich mit der Materie aber noch auseinandersetzen, lautet der Tenor. Die SP etwa nimmt die Differenzen mit Sorge zur Kenntnis. Die Sozialdemokraten können die Erklärungen der Regierung aber nachvollziehen. Adrian Haas (FDP) sagt, es handle sich um einen «Expertenstreit»: «Es gibt keine allein selig machende Wahrheit in diesen Fragen.» Die EVP hält es für «bedauerlich, dass die Differenzen mit dem Finanzkontrollorgan nicht vor Veröffentlichung des Geschäftsberichts bereinigt werden konnten». Die Rechnungslegung dürfe nicht zum «Spielball» von politischen Einschätzungen werden. Die GLP bezeichnet HRM2 als «notwendiges Übel», das man nun in den Griff bekommen müsse. Für die SVP ist es zu früh für eine Positionierung. Die Rechnung sei aber mit Vorsicht zu geniessen, sagt die Geschäftsführerin der SVP Kanton Bern, Alike Panayides.

Letztlich muss der Grosse Rat in der Septembersession über die offenen Fragen befinden und somit darüber, ob aus der positiven Rechnung eine negative wird. Vor dem Parlament wird sich die Finanzkommission mit der Thematik

auseinandersetzen. Man müsse erst den detaillierten Bericht der Finanzkontrolle abwarten, sagt Kommissionspräsident Daniel Bichsel (SVP). Der Bericht werde am 4. Mai vorliegen, er wird nicht öffentlich sein.

Auch eine Ermessensfrage

Auch für Fachleute ist eine Bewertung des Streits schwierig. Denn jeder Kanton hat bei der Einführung des Modells gewisse Wahlmöglichkeiten und Interpretationsspielräume, wie Wirtschaftsprofessor Bernhard Schwaller von der Hochschule Luzern erklärt. «Nicht jeder Kanton setzt HRM2 gleich um.» Man kann dazu das Beispiel der Strassen heranziehen. Dabei gilt es etwa die Frage zu beantworten, ob man diese linear oder degressiv abschreiben will. Linear würde zum Beispiel bedeuten, dass man jedes Jahr konstant 2,5 Prozent des ur-

sprünglichen Werts der Strasse abschreibt. Dann ist die Strasse nach vierzig Jahren auf null abgeschrieben, es befindet sich also kein Wert mehr in den Büchern. Degressiv heisst zum Beispiel, dass die Strasse im ersten Jahr um zehn Prozent abgeschrieben wird, für das zweite Jahr wird der Restwert eingesetzt, der dann nur noch 90 Prozent des ursprünglichen Werts beträgt. Die Beträge werden also Jahr für Jahr kleiner. Hinzu kommen die Einschätzungen, wie viel die Strasse überhaupt wert ist und wie lange sie voraussichtlich benützt werden kann.

Schwaller äussert sich nur allgemein zu den Diskrepanzen um die Kantonsrechnung, hält aber trotzdem fest: «Wenn man ein solches Projekt einführt, ist es wichtig, dass man sich vorher und nicht erst nachher über die gültigen Regelungen einigt.»

Rechnung 2017

Deutlich mehr Steuern eingenommen

Für das vergangene Jahr hatte der Kanton Bern einen Überschuss von 99 Millionen Franken prognostiziert, nun ist es deutlich schlechter herausgekommen: Es resultierte bei einem Gesamtaufwand von knapp 11,3 Milliarden ein Plus von 49 Millionen Franken. Die Investitionen beliefen sich auf 465 Millionen Franken, sie konnten aus eigenen Mitteln bestritten werden, wenn auch nur knapp. Das Ergebnis entspreche den Erwartungen des Regierungsrats, sagte Finanzdirektorin Beatrice Simon gestern an einer Medienkonferenz. Der Haushalt befinde sich im Gleichgewicht.

Die gute Konjunkturlage schlug bei den Steuern zu Buche, die um 132 Millionen Franken höher lagen als angenommen. Davon entfielen 56 Millionen Franken auf die Steuern der Firmen und 14 Millionen Franken auf die Steuern der Bürgerinnen und Bürger.

Mehr Geld wurde auch bei der Verrechnungssteuer eingenommen. Zudem konnte der Kanton von einer überdurchschnittlich hohen Ausschüttung der Nationalbank profitieren. In den nächsten Jahren könnten die Einnahmen des Kantons jedoch sinken. Einerseits durch die Steuererleichterungen für Firmen sowie die voraussichtlich tieferen Ausgleichszahlungen im Rahmen des nationalen Finanzausgleichs (NFA). Auf der anderen Seite sind wegen Grossprojekten hohe Investitionen zu erwarten.

Die Parteien werten den Abschluss sehr unterschiedlich: Rot-Grün spricht von einem soliden Finanzhaushalt, weitere Sparmassnahmen seien unnötig. Für die FDP dagegen waren die im letzten Herbst beschlossenen Sparmassnahmen bitter nötig. Die GLP ist der Ansicht, der Kanton sei nur knapp an einem Defizit vorbeigeschrammt. (wal)

2000 forderten am 1. Mai in Bern
Lohnungleichheit

Im Kanton Bern wurde der Tag der Arbeit an neun Orten zwischen Biel und Interlaken mit Reden, Konzerten und Festwirtschaften begangen. In Bern nahmen rund 2000 Personen am Umzug und einer anschliessenden Kundgebung auf dem Bundesplatz teil. Der Umzug führte von der Kramgasse durch die Innenstadt zum Bundesplatz - angeführt von Frauen, die das Transparent mit dem 1.-Mai-Motto: «Lohnungleichheit. Punkt. Schluss» trugen. Plakate mit violetten Schnecken symbolisierten die Langsamkeit, mit dem die Gleichstellung in der Schweiz vorankomme.

Gewerkschaften aller Sektoren trugen ihre Fahnen und Transparente durch die Berner Gassen - mitgeführt wurde von der Branchengewerkschaft Syndicom sowie von SDA-Journalistinnen auch das Transparent des Streiks von Ende Januar: «SDA nicht für Gewinne da». Dem offiziellen 1.-Mai-Umzug schloss sich auch ein «revolutionärer Block» mit mehreren hundert Teilnehmenden an.

Aebersold gegen Steuersenkung

Auf dem Bundesplatz plädierte die höchste Stadtbernerin, Stadtratspräsidentin Regula Bülhmann (Grünes Bündnis), für Lohnkontrollen und Sanktionen, sofern Unternehmen keine gleichwertigen Löhne bezahlten.

Der Stadtberner Finanzdirektor Michael Aebersold (SP) rief die links-grün dominierten Städte und Agglomerationen zu einer sozialen Politik auf, die Arme und Schwächere nicht aussen vor lässt. Insbesondere sprach sich Aebersold gemäss Redetext gegen Steuersenkungen für Unternehmen aus, wie sie der Kanton Bern anstrebt.

Der Tag der Arbeit wurde in weiteren acht Städten und Gemeinden des Kantons Bern begangen. In Interlaken und Münchenbuchsee trat SGB-Präsident Paul Rechsteiner zum letzten Mal in seiner Funktion als oberster Gewerkschafter an 1.-Mai-Feierlichkeiten auf. Dabei knüpfte Rechsteiner an den Generalstreik vor 100 Jahren an und rief dazu auf, mit «Kraft, Engagement und Mut» für berechnete Forderungen weiterzukämpfen. (sda)

Vielleicht bekommt die Schaubude ein weiteres Leben geschenkt

Das Broadway-Variété geht zum letzten Mal auf Tournee. Klamauk sehe leicht aus, sei aber sehr anstrengend, sagt der Direktor Luca Botta.

Markus Dütschler

Jonglagen, Feuerwerk, Klamauk, Musik, Wortwitz und dazu ein Dreigänger: Beim Broadway-Variété ist alles wie immer. Doch diese Tournee ist die letzte, auch wenn man davon beim Augenschein im Berner Gaswerkareal nichts merkt. Vor der Schaubude proben einige Artisten Tanzschritte, einen Teil des Intros vor der Vorstellung. Sie tragen Windjacken, weil es nieselt. Im Innern des mobilen Theaters ist es dunkel, Mobiliar und Geräte für die Artisten stehen umher. Man hört englische Anweisungen der Regisseurin und Mitarbeitende, die Französisch reden. Morgen Abend wird alles anders sein: Musik spielt, Scheinwerfer leuchten, Artisten spielen in Kostümen, ein erwartungsfrohes Publikum applaudiert - alles, was es im Showbusiness braucht. Nach La Gant, Le Knast, Le Königreich, Le Frachthafen, La Strasse und La Rakete heisst das siebte Programm Le Resort: «Ferien bis zum Abwinken». Der Zusatz «Bye bye Tournee» verheisst nichts Gutes: Das verfluchte siebente Mal ist zugleich das letzte.

Es läuft - aber mit mehr Aufwand

Rentiert der Laden nicht mehr? Im Gespräch am «Schärme» hinter dem Küchenwagen sagt Luca Botta, einer der beiden Direktoren: «Es läuft gut und rentiert.» Das Variété sei schuldenfrei. Nach wie vor gelinge es, das «ambulante Verzehtheater» dreieinhalb Wochen zu füllen. Wobei er einräumt, dass es auch darum rentiert, weil die Gäste, die pro Show mit integriertem Dreigänger 125 Franken bezahlen, oft auch eine Flasche Wein, Kaffee oder Schnäpschen ordern: Der Schaubetrieb werde durch die Gastronomie quersubventioniert. Botta ver-

hehlt nicht, dass die Zeiten härter werden, nicht zuletzt für ein Unternehmen, das so speziell ist, dass es der Erläuterungen bedarf. Bewilligungsverfahren würden komplizierter. Statt mit einem Sachbearbeiter, der Bescheid wisse, verhandle man mit drei Stellen. An einigen der fünf Aufführungsorte, die bis im Oktober besucht werden, sei es schwierig, nur schon im Veranstaltungskalender aufgeführt zu werden. Plätze würden plötzlich viel teurer. Und Firmen mit strengen Compliance-Regeln scheuten sich heute, ihre Kunden zu einem solchen Abend einzuladen, um nicht in den Ruch der Bestechung zu geraten.

Nun klingelt eine Glocke. Der langjährige Küchenchef Max Läubli hat gekocht. Es gibt keinen Dreigänger, sondern Spaghetti Bolognese - mit viel Kohlehydraten, denn das Artistenleben ist streng. Ferien habe er in den letzten sieben Jahren nur in kleinster Dosierung gemacht, sagt Botta, der eine KV-Lehre und eine Schreinerlehre absolvierte und sich in 17 Jahren vom Artisten im Hintergrund zum Wortwitz-Akrobaten gewandelt hat. «Wir verkaufen Glücksmomente, darum soll man uns den Stress nicht anmerken.» Anders als in einem Zirkuszelt finden die Jonglage, der Zopfhang oder der Einrad-Auftritt hier in Griffweite statt.

Was passiert nach der Tournee? Dann wird die Schaubude eingemottet, in der vor langer Zeit auf Jahrmärkten «Neger» mit Lanzen gezeigt wurden. Der spätere Besitzer Jacky Steel stiess sich in seiner Show einen Nagel durch die Zunge. Das Publikum begaffte Elefantmenschchen, die bärtige Bertha oder die schwerste Frau der Welt - Freak-Youtube von damals. Irma und David Schoenauer führten das Genre ab den 1990er-Jahren weiter, brachen es aber ironisch. Nun ist Schluss. Vielleicht erhält die Schaubude ein weiteres Leben geschenkt, und sei es nur für ein Weihnachtsvariété. Vielleicht sogar mit einigen Broadway-Artisten.

Das Broadway-Variété gastiert bis 26. Mai auf dem Berner Gaswerkareal. Tickets: 079 407 14 14; www.broadway-variete.ch



Im letzten Programm geben sie nochmals alles: Die Broadway-Direktoren Raphaël Diener (links), Luca Botta und die Regisseurin Anna Gattiker. Foto: Ruben Wyttenbach

Kurz

Stadt Bern
Veloverleih-System wird
Ende Juni bereitstehen

In der Stadt Bern sollen die ersten 700 Velos an 60 Verleihstationen ab Ende Juni bereitstehen. Nach der Baubewilligung durch den Regierungsrat beginnen am Montag die Installationsarbeiten in den Quartieren - mit Ausnahme des Stadtteils Mattenhof-Weissenbühl. Wegen hängiger Bescheiden ist der Baubewilligungsentscheid für diesen Stadtteil noch offen, wie der Regierungsrat Bern-Mittelland gestern mitteilte. Zunächst werden 60 Standorte mit 350 Velos und 350 E-Bikes erstellt. Konkret handelt es sich um Markierungsarbeiten sowie - je nach Standort - um die Installation von Stelen und Blenden. Bis im Herbst soll das Angebot auf 100 Standorte mit 1200 Ausleihvelos ausgebaut werden. Im Endausbau sind 200 Standorte mit rund 2400 Velos vorgesehen. (sda)

König

Die BDP bekämpft die geplante
Steuererhöhung vehement

Die BDP hat sich für den Kampf gegen die vom Königer Gemeinderat als nötig erachtete Steuererhöhung entschieden. Die Partei glaubt nicht daran, dass sich die Finanzlage der Gemeinde durch eine befristete Steuererhöhung verbessern lasse. Stattdessen fordert die BDP «um so heftiger einen Sparkurs». Dies sei zwar «wenig populär», aber nötig. Konkret denkt die BDP daran, die Umsetzung von Projekten aufzuschieben und die Verwaltung zu weiteren Einsparungen zu verpflichten. Darüber hinaus schlägt die BDP vor, das Bevölkerungswachstum zu drosseln: Die wachstumsbedingten Infrastrukturkosten liessen sich durch Steuermehreinnahmen nicht decken. König hat eben eine defizitäre Rechnung für 2017 vorgelegt und weist 275 Millionen Franken Nettoschulden aus. (mul)